

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich 5 - Jugend und Soziales	Datum 01.04.2003
	Schriftführerin Telefon-Nr. Sabine Biesenbach 02202/142847 e-mail: s.biesenbach@stadt-gl.de
Niederschrift	
Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- u. Sozialausschuss)	Sitzung am Dienstag, 25. März 2003
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer 17:22 Uhr - 19.35 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift vom 18.02.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 18.02.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-
179/2003**
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-
116/2003**
- 6. a) Beanstandung des Beschlusses des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur**

und Verkehr (AUIV) bezüglich der Grünanlage und des Spielplatzes an der Friedrich-Offermann-Straße

b) Erneute Beschlussfassung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr

157/2003

7. **Mögliche Beiträge des Aufgabenbereich „Tagesbetreuung für Kinder“ zur Konsolidierung des städtischen Haushalts und Eröffnung von Chancen für den Ausbau des Betreuungs- und Förderangebots**
114/2003
8. **Vorberatung des Teilhaushaltes 2003 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes 2003 - 2007 für den FB 5 Jugend und Soziales**
Hier: Bereich Jugend
95/2003
9. **Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich**
113/2003
10. **Einrichtung einer zweigruppigen Kindertagesstätte auf dem Betriebsgelände der Miltenyi Biotec GmbH in Moitzfeld, Friedrich-Ebert-Str. 72, in Trägerschaft der als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennenden EducCare GmbH**
115/2003
11. **Bericht Unterhaltsvorschuss-Stelle im Jahr 2002**
174/2003
12. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift vom 18.02.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
- 2. Bericht über die Durchführung von Beschlüssen aus der Sitzung am 18.02.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
182/2003**
- 3. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
- 5. Fahrradwerkstatt RADWERK - Jahresbericht 2002
106/2003**
- 6. Unterbringungssituation von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen, Spätaussiedlern und Obdachlosen in städtischen Notunterkünften - Jahresbericht 2002
69/2003**
- 7. Renovierung und Sanierung städtischer Unterkünfte
119/2003**
- 8. Bericht aus dem Ausländerbeirat
120/2003**
- 9. Haushaltsangelegenheiten des Ausländerbeirates
128/2003**
- 10. Vorberatung des Teilhaushaltes 2003 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes 2003 – 2007 für den FB 5 Jugend und Soziales
Hier: Bereich Soziales
96/2003**
- 11. Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

Die Verwaltung legt auf den Tischen der Ausschussmitglieder ergänzende Unterlagen zu Tagesordnungspunkt A 6 – J aus. Es handelt sich um einen farbigen Entwurf der fußläufigen Erschließung des Spielplatzes Friedrich-Offermann-Straße sowie die Folgekostendarstellung für die genannte Maßnahme.

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Frau Bendig eröffnet die 21. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 17:22 Uhr. Sie begrüßt die Anwesenden, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2 Genehmigung der Niederschrift vom 18.02.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Der Niederschrift der Sitzung vom 18.02.2003 wird in der vorliegenden Form genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 18.02.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Frau Bendig teilt mit, dass vor Beginn der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) Sprecher der Elterninitiative *Elternräte der Bergisch Gladbacher Tageseinrichtungen für Kinder* Gelegenheit erhielten, sich öffentlich vor den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen möglichen Beiträgen des Aufgabenbereichs „Tagesbetreuung für Kinder“ zur Konsolidierung des städtischen Haushalts und Eröffnung von Chancen für den Ausbau des Betreuungs- und Förderangebots zu äußern.

Für die Eltern sprachen Herr Christoph Pallaske, Frau Sigrid Birke und Frau Beate Kremer. Sie trugen vor, dass die Eltern gegen den geplanten Abbau von 40 Stellen im Bereich der Kindertageseinrichtungen protestieren. Die Eltern fürchten den unumgänglichen Qualitätsverlust bei der Betreuung ihrer Kinder in Bergisch Gladbacher

Kindertageseinrichtungen und verweisen auf die Ergebnisse der Pisa-Studie. Ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag können Kindertageseinrichtungen jedoch nur durch gut ausgebildetes Personal und ausreichende Stellenbemessung nachkommen. Die Eltern warnen davor, voreilig auf das Angebot der Offenen Ganztagschule zu setzen und deshalb frühzeitig das Hortangebot in Bergisch Gladbach aufzugeben.

Anhand des konkreten Beispiels einer Tageseinrichtung erläuterte Frau Birke die möglichen Auswirkungen des Verwaltungsvorschlags.

Im Anschluss an ihre Stellungnahme überreichten die Elternvertreter der Vorsitzenden eine Unterschriftenliste, die von rd. 4000 Eltern unterschrieben wurde. Ihr Statement lautet: „Wir sind gegen geplante Kürzungen im Bereich Tagesbetreuung der Kinder, Fachbereich 5 (Jugend und Soziales). Wir unterstützen mit unserer Unterschrift die Elterninitiative der Elternräte Bergisch Gladbach.“ Die Unterschriftenlisten sind dem Original der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Es liegen keine weiteren Mitteilungen der Vorsitzenden vor.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Herr Hastrich teilt zu Punkt 4 der Mitteilungsvorlage mit, dass die dort angekündigte Tischvorlage zur Anfrage von Frau Schöttler-Fuchs, wie die Ausschussmitglieder Arbeitsfelder des Fachbereichs 5 – *Jugend und Soziales* kennen lernen können, aus terminlichen Gründen nicht fristgerecht zu erstellen war. Er sagt die Vorlage spätestens zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 01.07.2003 zu.

Weiterhin teilt Herr Hastrich mit, dass für den 03.06.2003 eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport und des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zu den Themen *Konsequenzen aus der Pisa-Studie* und *Offene Ganztagsgrundschule* geplant ist. Danach wird der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) seine Sitzung allein weiterführen. Dafür entfällt die für den 13.05.2003 vorgesehene Sitzung.

Die Mitteilung unter Punkt 3 aufgreifend lobt Frau Schöttler-Fuchs das Engagement der Ev. Kirche und hier insbesondere von Herrn Peter Nonn vom *Q1 Jugend-Kulturzentrum*.

6 a) Beanstandung des Beschlusses des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr (AUIV) bezüglich der Grünanlage und des Spielplatzes an der Friedrich-Offermann-Straße b) Erneute Beschlussfassung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr

Herr Neuheuser stellt fest, dass der Antrag der Fraktion KIDinitiative, mit dem die Bürgermeisterin gebeten wurde, den Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr bezüglich der Planungen des Spielplatzes Friedrich-Offermann-Straße zu beanstanden, richtig war. Er bedauert, dass die Zuwegung aus dem Spielplatzetat finanziert werden muss, nachdem feststeht, dass die seinerzeit geplante

Grünfläche (die die Zuwegung einschloss) nicht realisiert wird.
Die gute Konzeption des Spielplatzes lobt Herr Neuheuser und hebt positiv hervor, dass als Zielgruppe ältere Kinder und Jugendliche angesprochen werden.

Er kritisiert, dass im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr erneut überlegt wurde, Spielplätze aus dem Spielplatzplan zu streichen. Aus diesem Grund mahnt er an, verwaltungsmäßig ein Verfahren zu entwickeln, das Zuständigkeiten im Bereich des Spielplatzbaus klar regelt. Diese Forderung wird von weiteren Ausschussmitgliedern unterstützt.

Dazu führt Herr Hastrich aus, dass zwischen den beteiligten Fachbereichen derzeit abgestimmt wird, wie die Planung für Spielplätze und die Beschlussverfahren für die Umsetzung der Planung künftig erfolgen soll.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) nimmt die Änderungen der Maßnahme zur Kenntnis.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgende

Beschlussempfehlung:

Der AUIV beschließt unter dem Vorbehalt der Genehmigung des aufgestellten Haushaltssicherungskonzeptes, die Maßnahme in der vorgestellten Form durchzuführen.

7 Mögliche Beiträge des Aufgabenbereiches „Tagesbetreuung für Kinder“ zur Konsolidierung des städtischen Haushalts und Eröffnung von Chancen für den Ausbau des Betreuungs- und Förderangebots

Herr Kotulla führt aus, dass er es als schlimm empfindet, in das Haushaltssicherungskonzept einen sensiblen Bereich wie den Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* aufnehmen zu müssen. Er weist darauf hin, dass bei Einbringung des Haushalts 2003 ein Fehlbetrag von 21 Mio. € bestanden hat, der sich zwischenzeitlich um 4 Mio. € auf 25 Mio. € erhöht hat. Ein struktureller Haushaltsausgleich ist im Jahre 2003 nicht mehr möglich. Dies führt zur Verpflichtung, in einem Haushaltssicherungskonzept aufzuzeigen, wie bis 2007 ein struktureller Ausgleich zu erzielen ist. Herr Kotulla stellt dar, dass auch der Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales*, der in vergangenen Jahren von Kürzungsmaßnahmen weitgehend verschont geblieben ist, in die Konsolidierungsbemühungen einzuschließen ist. Herr Kotulla verweist darauf, dass spätestens die Kommunalaufsicht freiwillige Aufgaben streichen würde, falls die Stadt sich weigert, von sich aus auch in sensiblen Bereichen wie dem Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* Konsolidierungsmaßnahmen vorzuschlagen. Sollte der Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2007 durch erhebliche Anstrengungen erreicht werden, sind in

den kommenden fünf Jahren aufgelaufene Fehlbeträge in Höhe von insgesamt rd. 45 Mio. € auszugleichen.

Aus seiner Sicht besteht die Alternative darin, entweder Betreuungsplätze sichern zu können oder Plätze abzubauen, um damit derzeitige Standards halten zu können. Für andere Sichtweisen und Vorstellungen Betroffener äußert er Verständnis. Er bedankt sich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die schweren Herzens, aber mit hoher Fachkompetenz und Engagement eine gute Lösung erarbeitet haben.

Herr Hastrich stellt ausführlich die möglichen Beiträge des Aufgabenbereichs „Tagesbetreuung für Kinder“ zur Konsolidierung des städtischen Haushalts und Eröffnung von Chancen für den Ausbau des Betreuungs- und Förderangebots vor. Er stellt klar, dass in dieser Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) nicht über ein neues Konzept beschlossen werden soll, sondern es sich um Vorstellungen der Verwaltung des Jugendamtes zur Haushaltskonsolidierung handelt. Er räumt ein, dass das Konzept in verschiedenen Einrichtungen verschiedene Wirkungen haben wird. Die Vorstellungen der Verwaltung des Jugendamtes sind durch Verhandlungen mit den freien Trägern und den Einrichtungen weiter zu präzisieren. Er dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs 5 – *Jugend und Soziales*, die dazu beigetragen haben, den vorliegenden Vorschlag zu entwickeln.

Für die CDU-Fraktion trägt Frau Wöber-Servaes vor, dass die Einsparungen im Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* aus sozialpolitischer Sicht schwer fallen. Dennoch hält die Fraktion es für wichtig, den Rahmen der Einsparungen gesamtstädtisch zu betrachten. Das Haushaltssicherungskonzept muss alle Bereiche umfassen. Sie hebt die gute und unverzichtbare Arbeit der freien Träger im Bereich der Tagesbetreuung für Kinder hervor, ohne die es in der Vergangenheit nicht möglich gewesen wäre, die hohe Versorgungsquote für Bergisch Gladbacher Kinder zu erreichen. Sie weist darauf hin, dass auch in anderen Bereichen des Fachbereichs 5 – *Jugend und Soziales* Einsparungen erbracht werden müssen, z.B. bei der Sozialhilfe und Hilfe zur Erziehung.

Frau Schöttler-Fuchs kritisiert, dass die Haushaltssanierung genutzt wird, um in Bergisch Gladbach ein völlig neues Konzept im Bereich der Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen durchzusetzen. Die damit einher gehende Chance auf eine Ausweitung des Platzangebots höre sich genial an, jedoch sei der Preis hierfür zu bedenken. Sie schlägt mit Blick auf eine Nachbarkommune vor, dass alle Einrichtungen aufgefordert werden sollen, Einsparvorschläge für ihre jeweilige Einrichtung zu unterbreiten.

Herr Pfarrer Kern nimmt ab 17:58 Uhr an den Beratungen teil. Herr Braun-Paffhausen verlässt zu diesem Zeitpunkt die Sitzung.

Herr Hastrich antwortet, dass der Wandel der Zeit neue Konzepte erfordert. Am eigenen Konzept zu arbeiten muss ständige Aufgabe sein und möge nicht als Zumutung für Einrichtungen und freie Träger hingestellt werden. Die schwierige Aufgabe sieht er darin, unzureichende Ressourcen optimal einzusetzen.

Herr Neuheuser beurteilt das vorgelegte Konzept als insgesamt kreativ und wertet die Vorstellung im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) als „1. Lesung“. Ein Qualitätsverlust bei der Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen sei allerdings nicht hinnehmbar. Er empfindet die Einsparvorgaben für den Fach-

bereich 5 – *Jugend und Soziales* als zu hoch.

Herr Köchling hält das Konzept in der vorgelegten Form weder für pädagogisch tragfähig noch für konsensfähig. Er schlägt vor, dass die Verbände den Vorschlag umfassend prüfen sollen.

Herr Schnöring führt aus, dass es nicht nur darum gehen kann, Betreuungsplätze zu erhalten, sondern auch die Qualität der Kinderbetreuung wichtig bleiben muss. Er weist darauf hin, dass das vorgelegte Konzept Teil des Haushaltssicherungskonzepts ist, das im April vom Rat verabschiedet werden soll. Er appelliert an den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) gegenüber dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss seine fachliche Meinung zu vertreten.

Herr Hastrich räumt ein, dass es Eingriffe in die Betreuungsqualität geben wird. Es sei zu entscheiden, ob künftig einer hohen Versorgungsquote der Vorrang gegeben wird oder weniger, dafür aber besonders qualifiziert ausgestattete Betreuungsplätze gewünscht werden. Aufgabe des Fachbereichs 5 – *Jugend und Soziales* ist es, im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts seinen vorgesehenen Beitrag zu erbringen. Das von der Verwaltung des Jugendamtes vorgestellte Konzept ist eine Möglichkeit, die Vorgaben zu erfüllen. Sollten alternative Vorschläge existieren, die dieselbe Wirkung erzielen, mögen sie in die Diskussion eingebracht werden. Herr Hastrich bestreitet, dass das vorgelegte Konzept gewaltsam durchgesetzt werden soll. Vielmehr bestehen konkrete Gesprächsangebote an die freien Träger, sich mit ihren Vorstellungen einzubringen. Ergänzungen, Verschiebungen oder die Aufnahme von Alternativen in das Konzept sind auch nach Verabschiedung des Haushaltssicherungskonzepts noch möglich. Er stellt klar, dass nicht der Rat, sondern der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) als Fachausschuss über die Umsetzung des Konzepts zu entscheiden hat.

Frau Münzer weist darauf hin, dass es sich bei der vorgelegten Vorlage um eine Mitteilungsvorlage handelt. Mithin sei ein weiteres Arbeiten am Konzept möglich. Sie erfragt, welche Summe sich ergeben würde, wenn für Geschwister eines Kindes, das eine Einrichtung besucht, künftig die Hälfte des Elternbeitrages erhoben würde.

Herr Hastrich antwortet, dass die Erhebung von Kindergartenbeiträgen landesgesetzlich festgelegt ist. Er sagt eine gesonderte Beantwortung der Anfrage zu. Das Antwortschreiben an Frau Münzer ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Herr Kikol kann dem Konzept aufgrund der vorgesehenen Standardreduzierungen ebenfalls nicht zustimmen. Er kritisiert, dass die Einsparung im Bereich der Hortplätze auf einen Ersatz von Kinderbetreuung im Bereich der Ganztagschulen baut, für die noch keine Verlässlichkeit besteht.

Herr Hastrich entgegnet, dass das Land bereits am 12.02.2003 auf dem Erlasswege Regelungen getroffen hat. Die Erlasse waren der Einladung zu Tagesordnungspunkt A 5 – J als Anlagen 1 und 2 beigelegt.

Herr Hastrich bestätigt, dass für die Stadt Bergisch Gladbach, in der eine gute Ausstattung mit Hortplätzen existiert, mit dem Umbau der Schulkinderbetreuung durch Offene Ganztagschulen Landesmittel verloren gehen werden. Er erläutert, dass die städtischen Mittel aus dem Abbau von Hortplätzen nicht zu 100 % eingespart werden sollen. Vielmehr sollen 2/3 dieser Mittel in die nachschulische Betreuung im Rah-

men der Offenen Ganztagschule eingespeist werden, um auch künftig eine qualitativ hochwertige Betreuung in Bergisch Gladbach sicher zu stellen. Der entsprechende konzeptionelle Vorschlag der Verwaltung soll in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport und des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 03.06.2003 vorgestellt werden.

Herr Hastrich bekräftigt, dass mit den freien Trägern bereits ausdrücklich vereinbart ist, möglichst einen Konsens über ein Sparkonzept zu erzielen, um dieses dann miteinander umzusetzen. Die Verwaltung beabsichtigt, erst dann bestehende Betreuungsangebote aufzugeben, wenn zeitgleich an anderer Stelle neue geschaffen werden.

Herr Hoffstadt bescheinigt der Verwaltung, ihre Arbeit getan zu haben. Das Konzept der Offenen Ganztagschule nennt er unter pädagogischem Aspekt eine Katastrophe und geht davon aus, dass es im Laufe der Umsetzung zu Modifizierungen kommen wird. Er begrüßt, dass die Umwandlung von Betreuungsangeboten in Bergisch Gladbach Zug um Zug erfolgen soll. Es sei nun Aufgabe der Politik, im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts 2003 und des Haushaltssicherungskonzepts zu überlegen, was von den vorgelegten Entwürfen gewollt ist und welche Prioritäten zu setzen sind. Herr Hoffstadt trägt für die SPD-Fraktion vor, ein alternatives Haushaltssicherungskonzept entwickelt zu haben, das im Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgestellt werden soll. Zu dessen Grundzügen gehört es, den Verwaltungsvorschlägen zu folgen, die auf Verbesserungen bei der Leistungserbringung durch die Stadt und der Verbesserung der Verwaltungsorganisation zielen, z.B. die Einführung des Fallmanagements. Abzulehnen sei jedoch alles, was die Zukunftsfähigkeit der Stadt aufs Spiel setze. In diesem Zusammenhang führten Personaleinsparungen in Tagseinrichtungen für Kinder aus der Sicht der SPD-Fraktion insbesondere vor dem Hintergrund der Pisa-Studie zu nicht hinnehmbarem Qualitätsverlust. Herr Hoffstadt kündigt an, die vorgelegten Kürzungen nicht mittragen zu können und sagt voraus, dass die vorgelegten Einsparmaßnahmen im Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* nicht erforderlich sind, falls dem SPD-Konzept gefolgt würde.

Frau Bendig vermisst den konstruktiven und konzeptionellen Vorschlag, den Herr Hoffstadt eingangs angekündigt hatte. Sie kritisiert, dass konkrete Vorschläge nicht vorgetragen wurden.

Herr Köntje bezeichnet den Vortrag von Herrn Hoffstadt als wenig substantiiert. Er vertritt die Auffassung, dass angesichts des hohen Haushaltsdefizits der Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* von Konsolidierungsbemühungen nicht länger ausgenommen werden kann. Er appelliert an die Ausschussmitglieder, die positiven Seiten des Konzepts stärker zu gewichten: Es wird mehr Plätze für Kinderbetreuung geben, keine Einrichtung wird geschlossen und Entlassungen im Personalbereich werden vermieden. Herr Köntje benennt als eine der Ursachen der kommunalen Finanzprobleme die Missachtung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, bezahlt“) durch den Bundes- und Landesgesetzgeber.

Herr Kotulla fordert die SPD-Fraktion auf, neue Vorschläge, die im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts berücksichtigt werden können, umgehend in die Diskussion einzubringen.

Aus der Sicht der katholischen Träger kündigt Herr Pfarrer Kern an, sich in einer eigens zu diesem Zweck eingerichteten Koordinierungsgruppe mit dem vorgelegten

Konzept intensiv und konstruktiv auseinandersetzen zu wollen. Er schlägt vor, in jeder Tageseinrichtung konkrete Einsparmöglichkeiten zu prüfen. Vor einer vorschnellen Beschlussfassung in den Gremien warnt er. Mittel, die heute im Bereich der qualifizierten Kinderbetreuung eingespart werden, könnten Kommunen morgen in weit höherem Maße an anderer Stelle aufbringen müssen.

Frau Zanders stellt fest, dass die Kinderbetreuung nicht alleinige Aufgabe der öffentlichen Hand sei. Unterstützt von Frau Wöber-Servaes stellt sie fest, dass der Erziehungsauftrag der Eltern nicht auf Kindertageseinrichtungen und Schulen abwälzbar sei und Eltern keinesfalls aus ihrer Erziehungsverantwortung entlassen werden dürfen.

Herr Köchling merkt an, dass nach dem Erlass über die Offene Ganztagschule im Primarbereich keine Kommune gezwungen wird, eine Offene Ganztagschule anzubieten, da es sich um eine Kann-Vorschrift handelt.

Herr Hastrich bestätigt diese Aussage. Der Erlass regelt jedoch im Weiteren, dass eine Kommune für den Fall, dass sie sich für das Angebot einer Offenen Ganztagsgrundschule entscheidet, an diesen Standorten Hortgruppen und alle anderen nachschulischen Angebote aufgeben muss. Herr Hastrich berichtet von der nordrhein-westfälischen Jugendamtsleitertagung, auf der Vertreter der Landesregierung erklärten, dass Hortangebote künftig nicht mehr erwünscht sind. Zunächst wird dies nicht per Gesetzesänderung bestimmt. Vielmehr wird es den Kommunen überlassen, den Erlass bis zum Jahre 2007 in eigener Verantwortung umsetzen zu können.

8 Vorberatung des Teilhaushaltes 2003 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes 2003 - 2007 für den FB 5 Jugend und Soziales **Hier: Bereich Jugend**

Herr Neuheuser merkt an, dass innerhalb des städtischen Haushalts ein Ungleichgewicht hinsichtlich der vorgegebenen Einsparpotenziale besteht. Konkret habe der Fachbereich 7 – *Umwelt und Technik* im Vergleich weniger an Einsparungen zu erbringen als der Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales*.

Herr Fischer geht auf die Ansatzgestaltung bei der Hst. 460.718.21 – Zuschüsse Freizeit- und Bildungsmaßnahmen; Einrichtungen der Jugendarbeit ein. Er kritisiert, dass ausgehend von einem Haushaltsansatz von 108.000 € im Jahre 2001 für das Jahr 2004 nur noch 56.000 € veranschlagt werden sollen. Diese Ansatzreduzierung bezeichnet er als nicht hinnehmbar.

Frau Wöber-Servaes bittet die Verwaltung zu prüfen, ob eine Veranschlagung in Höhe des Haushaltsansatzes 2003 ermöglicht werden kann.

Herr Hastrich teilt mit, dass aufgrund der bisherigen Förderanträge (außer für die Beantragung von Zuschüssen zu Bildungsmaßnahmen, die ganzjährig beantragt werden können, ist die Antragsfrist für alle weiteren Maßnahmen bereits abgelaufen) mit einem reduzierten Zuschussbedarf für das Jahr 2003 gerechnet werden kann. Bis zur Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses wird das Antragsvolumen für 2003 beziffert. Den vorangehenden Prüfauftrag berücksichtigend stellt Herr Hastrich in Aussicht, dass einerseits der Haushaltsansatz für 2003 gegenüber 2002 reduziert wer-

den und dennoch alle Maßnahmen berücksichtigt werden können.

Herr Neuheuser teilt mit, dass derzeit in den Jugendverbänden Überlegungen angestellt werden, wie durch Änderung der Förderrichtlinien Mittel zielgenauer eingesetzt werden können, z.B. zur Förderung ehrenamtlicher Arbeit der Freizeitleiter.

Bezüglich der durchgeführten Maßnahmen gibt Herr Neuheuser zu bedenken, dass die Anzahl der Maßnahmen (z.B. bei der Stadtranderholung) und damit der Förderanträge von Jahr zu Jahr stark schwanken. Sollte z.B. auf der Grundlage der bisher eingereichten Förderanträge für das Jahr 2003 ein nur geringer Haushaltsansatz auch für das Jahr 2004 gebildet werden, wird dies Auswirkungen auf die Anzahl der Maßnahmen, die bewilligt werden können, haben.

Eine Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt nicht.

9 Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

10 Einrichtung einer zweigruppigen Kindertagesstätte auf dem Betriebsgelände der Miltenyi Biotec GmbH in Moitzfeld, Friedrich-Ebert-Str. 72, in Trägerschaft der als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennenden EducCare GmbH

Frau Wöber-Servaes begrüßt das in der Vorlage vorgestellte neue, überzeugende Konzept und das Tätigwerden eines neuen Trägers für Bergisch Gladbach. Sie lobt das Engagement der Firma *Miltenyi Biotec GmbH*.

Herr Kikol fragt nach der Belegung der Kindertagesstättengruppen.

Herr Hastrich antwortet, dass durch die Schließung der provisorischen Kindergarten-Ganztagsgruppe des Deutschen Roten Kreuzes in der alten Feuerwache im Gladbacher Zentrum zum 31.08.2003 Mittel frei werden, die zur Schaffung von öffentlich geförderten Kindergartenplätzen am neuen Standort eingesetzt werden. Eine weitere Gruppe bietet die Firma *Miltenyi Biotec GmbH* für Kinder ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Betriebs-Kindertagesstättengruppe an. In die Platzzahlen der öffentlich geförderten Gruppen werden nur die öffentlich geförderten Plätze des neuen Standorts eingerechnet. Allerdings ist davon auszugehen, dass unter den Kindern der Firmenangehörigen auch Bergisch Gladbacher Kinder sein werden. In dem Umfang, in dem dies der Fall ist, führt dies faktisch zu einer Angebotsverbesserung im Bereich der Platzzahlen für Bergisch Gladbacher Kinder.

Herr Hoffstadt weist darauf hin, dass es vom Konzept her sinnvoll ist, Kinder in Einrichtungen nahe der Arbeitsstätten ihrer Eltern unterzubringen. Im Hinblick auf die Gewinnung qualifizierter Arbeitskräfte regt Herr Hoffstadt an, das Modell weiteren Arbeitgebern vorzustellen und zur Nachahmung zu empfehlen.

Herr Hastrich berichtet, dass da, wo sich die Möglichkeit bot, bereits Kontakte geknüpft wurden. Ein denkbare Modell besteht darin, dass sich Betriebe Belegungen in bestehenden Gruppen „erkaufen“ können.

Frau Zanders berichtet, dass es Betriebskindergärten bereits in früherer Zeit in Firmen wie z.B. der Firma Zanders gegeben hat. Die Einrichtungen wurden nach und nach aufgegeben, weil die mit dem Betrieb der Einrichtung verbundenen Auflagen für die Firmen untragbar wurden.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

1. Die Stadt Bergisch Gladbach begrüßt das ideelle und finanzielle Engagement der *Miltenyi Biotec GmbH*, auf ihrem Betriebsgelände in Moitzfeld, Friedrich-Ebert-Straße 72, eine zweigruppige Kindertagesstätte einzurichten.
2. Die *EducCare Bildungskindertagesstätten gGmbH* wird als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 (1) Sozialgesetzbuch Aachtes Buch (Kinder- und Jugendhilfegesetz - KJHG) anerkannt. Die *EducCare Bildungskindertagesstätten gGmbH* wird im Hinblick auf die Förderung von Ausstattungen und Angeboten als finanzschwacher Träger anerkannt. Die freiwillige städtische Förderung erhält die gGmbH unter der Voraussetzung, dass sie Mitglied in einem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege wird.
3. Der Übernahme der Trägerschaft über die Betriebskindertagesstätte der *Miltenyi Biotec GmbH* durch die *EducCare Bildungskindertagesstätten gGmbH* wird zugestimmt.
4. Die Stadt Bergisch Gladbach gewährt der *EducCare Bildungskindertagesstätten gGmbH* einen Zuschuss für die Erstausstattung der Kindergarten-Ganztagsgruppe in der Betriebskindertagesstätte der *Miltenyi Biotec GmbH* in Höhe von 18.981 € (90 % der förderungsfähigen Gesamtkosten von 21.090 €; analog 3.2.3 der städtischen *Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten*).
5. Die Stadt Bergisch Gladbach gewährt der *EducCare Bildungskindertagesstätten gGmbH* gemäß Kindertagesstättengesetz und den städtischen *Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten* einen Zuschuss zu den Betriebskosten der Kindergarten-Ganztagsgruppe in der Betriebskindertagesstätte der *Miltenyi Biotec GmbH* in Höhe von 99 % (4.2.3 der städtischen *Richtlinien*). Voraussetzung hierfür ist, dass die 20 Plätze mit Kindern aus Bergisch Gladbach belegt sind; besuchen weniger als 15 Bergisch Gladbacher Kinder die Gruppe, ist der Betriebskostenzuschuss anteilig zu kürzen.

11 **Bericht Unterhaltsvorschuss-Stelle im Jahr 2002**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

12 **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

12.1. Belgische Schule

Frau Lehnert fragt im Zusammenhang mit den Planungen zur Offenen Ganztagschule nach den Bemühungen der Stadt um die Belgische Schule.

Herr Kotulla sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

12.2. Trägerschaft für das UFO

Bezüglich der künftigen Trägerschaft für das *Städtische Jugendzentrum UFO* bittet Frau Lehnert um einen Sachstandsbericht.

Herr Hastrich antwortet, dass in Gesprächen mit mehreren Trägern Lösungen für das *UFO* gesucht werden. Eine entsprechende Beschlussvorlage stellt Herr Hastrich für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 01.07.2003 in Aussicht.

12.3. Liste der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

Frau Münzer bittet noch einmal eine aktualisierte Liste der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zu erstellen.

Herr Hastrich sagt dies zu. Die gewünschte Liste wird gemeinsam mit dieser Niederschrift an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) verschickt.

12.4. Kindertagesstätte auf dem Hermann-Löns-Gelände

Herr Kikol bittet um einen Sachstandsbericht bezüglich der Bemühungen um die Errichtung einer Kindertagesstätte für das Neubaugebiet im Bereich der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne.

Herr Hastrich antwortet, dass es Bemühungen eines Trägers gibt, im Hermann-Löns-Viertel auf eigenem Grundstück eine privat-gewerbliche oder zumindest privat-gewerblich gebaute Einrichtung zu errichten. Durch Umschichtung könnte eventuell eine öffentliche Förderung der Einrichtung erreicht werden. Eine entsprechende Vorlage stellt Herr Hastrich für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 01.07.2003 in Aussicht.

12.5. Stellenplan 2003 für den Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales*

Herr Schnöring bittet darum, den Stellenplan für den Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* nachgereicht zu bekommen.

Wie von Herrn Hastrich zugesagt, ist dieser Niederschrift als Anlage 2 eine tabellarische Übersicht über den Stellenplan des Fachbereichs 5 – *Jugend und Soziales* beigelegt.

12.6. Begriffserläuterung „privat-gewerbliche Einrichtung“

Frau Münzer bittet den Begriff „privat-gewerbliche Einrichtung“ zu erläutern.

Herr Hastrich führt aus, dass es sich bei einer „privat-gewerbliche Einrichtung“ im Gegensatz zu einer öffentlich geförderten Einrichtung um eine Einrichtung handelt, die aufgrund einer privaten Finanzierung betrieben wird. Für den Fall, dass der Betreiber einer Kindertageseinrichtung zwar Träger der freien Jugendhilfe ist, jedoch keine öffentlichen Fördermittel erhält, könnte die Einrichtung unter der Voraussetzung, dass die Nutzer der Einrichtung die vollen Kosten selbst aufbringen, dennoch betrieben werden.

Denkbar ist auch der Fall, dass der Betreiber einer Einrichtung nicht gemeinnützig, sondern gewerblich tätig ist, keinem Spitzenverband angehört und ohne öffentliche Fördermittel tätig wird.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 19:14 Uhr.

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift vom 18.02.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Die Niederschrift der Sitzung vom 18.02.2003 wird in der vorliegenden Form genehmigt.

2 Bericht über die Durchführung von Beschlüssen aus der Sitzung am 18.02.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

3 Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Mitteilungen der Vorsitzenden liegen nicht vor.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Mitteilungen der Bürgermeisterin liegen nicht vor.

5 Fahrradwerkstatt RADWERK - Jahresbericht 2002

Frau Wöber-Servaes wertet die Entwicklung dieses Projekts zur Beschäftigungsförderung positiv. Die dort geleistete Arbeit ist äußerst wertvoll und sollte dringend weiterhin unterstützt werden.

Dem schließt sich Herr Schnöring an und weist auf den glücklichen Umstand hin, dass zur Durchführung des Projekts RADWERK ein Verbund von Trägern zustande gekommen ist, um gemeinsam und nicht in Konkurrenz zueinander zu arbeiten.

Herr Hoffstadt fragt an, ob sich der Landschaftsverband Rheinland weiterhin an der Projektförderung beteiligen wird.

Herr Hastrich führt aus, dass es derzeit schwierig ist, verlässliche Aussagen zu erhalten. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass beschäftigungsfördernde Maßnahmen für Personen die gemäß § 72 BSHG (Bundessozialhilfegesetz) gefördert werden und an denen der Landschaftsverband Rheinland als überörtlicher Träger der Sozialhilfe beteiligt ist, auch im nächsten Jahr fortgeführt werden. Schwierigkeiten zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung sieht Herr Hastrich eher für den Kostenanteil, den der Rheinisch-Bergische Kreis beisteuert. Die Gesamtmaßnahme ist nur gesichert, wenn alle Träger auch weiterhin gemeinsam fördern oder wenn für einen ausfallenden Träger Ersatz gefunden wird. Da die Leistungsvereinbarung für die Maß-

nahme zum 31.12.2003 ausläuft, ist über die weiteren Perspektiven zu verhandeln. Unabhängig von dieser Einzelmaßnahme wird für eine der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) eine Mitteilungsvorlage über Perspektiven für Projekte der Beschäftigungsförderung erarbeitet.

Weiterhin wird im Nachgang zu den bereits beschlossenen Rahmenrichtlinien eine Leistungsvereinbarung zur Förderung der Beratungsstelle für Nichtsesshafte/Netzwerk Wohnungsnot erarbeitet, die dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 01.07.2003 als Beschlussvorlage vorgelegt werden soll.

6 Unterbringungssituation von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen, Spätaussiedlern und Obdachlosen in städtischen Notunterkünften - Jahresbericht 2002

Frau Münzer hält es für bedenklich, dass die gute und gewohnte Qualität bei der Betreuungsarbeit für Menschen in städtischen Notunterkünften wegen der schlechten Rahmenbedingungen nachgelassen hat. Auch das Fehlen weiblichen Fachpersonals bedauert sie.

Frau Münzer berichtet von zwei ehrenamtlich tätigen Kreisen, *den Kreis Betreuungsarbeit Spätaussiedler* und den *Koordinierungskreis Flüchtlingshilfe*. Durch Zusammenarbeit hoffen beide Kreise wirksamer tätig werden zu können. Viele Probleme sind mit ehrenamtlichen Kräften nicht zu lösen, so dass Frau Münzer an die Verwaltung appelliert, sich weiterhin um den Einsatz kompetenten Personals zu bemühen.

Herr Hastrich erläutert, dass auch die Probleme in diesem Bereich eine Folge restriktiver Personalbewirtschaftung sind. Derzeit wird überlegt, durch Umorganisation Abhilfe zu schaffen. Durch Zusammenführen verschiedener Aufgabenstellungen und Zusammenführung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu geschlechtergemischten Teams werden andere Verteilungsmöglichkeiten angestrebt. Synergieeffekte sollen genutzt werden.

Herr Hoffstadt bittet um Auskunft, wie viele Personen zurzeit in diesem Bereich tätig sind und wie viele Personen dort künftig eingesetzt werden sollen.

Herr Hastrich antwortet, dass momentan drei Mitarbeiter in dieser Produktgruppe beschäftigt sind. Eine weitere Stelle ist unbesetzt. Es wird diskutiert, ein Team in der gleichen Größenordnung mit den drei betreuenden Mitarbeitern kooperieren zu lassen. Die Herausforderung, dass mit weniger Personal wachsende Aufgabenstellungen zu bewältigen sind, bleibt bestehen.

7 Renovierung und Sanierung städtischer Unterkünfte

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

8 Bericht aus dem Ausländerbeirat

Herr Schnöring fragt nach der Begründung, weshalb der Bericht aus dem Ausländerbeirat dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vorgelegt wird.

Herr Hastrich antwortet, dass der Bericht bisher unter den Tagesordnungspunkt „Mit-

teilungen der Bürgermeisterin“ gefasst wurde und nun aus Gründen der Übersichtlichkeit der Sitzungsunterlagen als eigene Mitteilungsvorlage erstellt wurde. Zuständiger Ausschuss für Angelegenheiten des Ausländerbeirats ist nach der Zuständigkeitsordnung der Hauptausschuss. Herr Hastrich vertritt die Meinung, dass die Information des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) jedoch zweckmäßig ist.

Frau Münzer berichtet, dass das DRK-Bildungswerk ab April einen Alphabetisierungskurs durchführen wird. Die Teilnehmer stammen überwiegend aus dem Bereich *Hilfe zur Arbeit* und bekommen die Maßnahme aus öffentlichen Mitteln finanziert. So erhöhen sich für die Absolventen die Chancen, später erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden zu können.

9 Haushaltsangelegenheiten des Ausländerbeirates

Die für den Hauptausschuss bestimmte Beschlussvorlage wird durch den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zur Kenntnis genommen.

10 Vorberatung des Teilhaushaltes 2003 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes 2003 – 2007 für den FB 5 Jugend und Soziales
Hier: Bereich Soziales

Die Beratungen des Haushalts für den Bereich Soziales wurden bereits im Bereich Jugend unter Tagesordnungspunkt A 8 – J mit abgehandelt.

11 Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Anfragen werden nicht gestellt.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 19:34 Uhr.